



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/05/2015  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 09.09.2015  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
4. . Stellenplan 2016/2017 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das JobCenter Hagen  
Vorlage: 0699/2015
5. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. . Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen  
Bericht der Verwaltung
7. . Kita Elberfelder Straße  
Vorlage: 0712/2015
8. . Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
Einrichtung von Wohngruppen an den Standorten Boele und Holthausen  
Vorlage: 0700/2015
9. . Präventiver Kinderschutz in Hagen - Entwicklung und Sicherung  
Vorlage: 0704/2015



10. . Vorschlag zur Tagesordnung der CDU- Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates  
Neuausrichtung der Suchtberatung  
Anlage  
Vorlage: 0540/2015 – **2. Lesung**
11. . Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales  
Vorlage: 0722/2015
12. . Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
hier: Jahresberichte 2014  
Vorlage: 0721/2015
13. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. . Feststellung der Tagesordnung**

Herr Reinke begrüßt die Ausschussmitglieder nach der Sommerpause und stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

Weiterhin teilt er mit, dass Frau Burghardt, Herr Dr. Fink, Herr Stechele, Herr Dahme, Frau Graubner und Frau Dr. Brück-Paschkow entschuldigt seien.

#### **2. . Mitteilungen**

Frau Kaufmann weist auf eine Veranstaltung des Kommunalen Integrationszentrums hin, die am 22. September im Rathaus an der Volme um 19.00 Uhr stattfindet. Es handele sich um einen Vortrag von Herrn Nevfel Cumart, der zum Thema „Zwischen Kirchturm und Minarett“ Einblicke in das Leben der Muslime in Deutschland in seinem Vortrag gibt. Sie empfiehlt, sich diesen Vortrag anzuhören.

Herr Goldbach gibt einen Überblick über die derzeitigen Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene, an denen man sich beteiligen wolle.

Herr Reinke weist auf einen Sponsorenlauf im Ischelandstadion hin, der am 20. September zu Gunsten der Kinderschutzambulanz Hagen stattfindet. Er bitte um Teilnahme.

Zum Weltkindertag gebe es am 18.09.2015 einen großen Aktionstag im Ferdinand-David-Park und am 19.09.2015 in Hohenlimburg.

Außerdem finde am 01. Oktober im Kultopia Hagen eine Fachkonferenz verschiedener Partner zur Interkulturellen Öffnung und Partizipation statt.

Frau Scharlau weist auf den Klimapilgerweg hin, der im Oktober auch durch Hagen führt. Der BDkJ und die evangelische Jugend würden sich daran beteiligen. Vereine und Hagerer Bürger seien herzlich eingeladen, mitzumachen.



### 3. . Anliegen der Jugendräte

#### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Palmowski informiert über personelle Veränderungen im Jugendrat, die auch für die Vertreter im Jugendhilfeausschuss Auswirkungen habe. Eine entsprechende Vorlage für den Rat werde von der Verwaltung erstellt.

Frau Öztaskin stellt sich vor. Sie sei Mitglied des Gesamtstädtischen Jugendrates und wolle zukünftig im Jugendhilfeausschuss die Anliegen des Jugendrates mit vertreten.

Herr Palmowski berichtet über die derzeitigen Aktivitäten des Gesamtstädtischen Jugendrates. Außerdem habe man zwei neue Arbeitsgemeinschaften gegründet. Diese würden eigenständig von den Mitgliedern geleitet. Das sei eine Neuerung, um die Jugendlichen noch stärker einzubeziehen. Eine der Arbeitsgemeinschaften beschäftige sich mit Willkommenskultur. In der anderen Arbeitsgemeinschaft gehe es um Öffentlichkeitsarbeit.

Das Seminar zur politischen Bildung in Berlin, zu dem man vom Bundestagsabgeordneten Rene Röspel eingeladen worden sei, sei sehr erfolgreich gewesen. Es sei auf große Begeisterung bei den Jugendlichen gestoßen.

Weiterhin teilt er mit, dass es in der vergangenen Zeit zu vermehrten personellen Ausfällen bei den Sitzungen der Jugendräte gekommen sei. Der Grund dafür liege darin, dass viele Jugendliche nicht an den Sitzungen teilnehmen könnten, weil sie einen Verdienstaufschlag nicht verkraften könnten. Das habe zur Folge, dass in den Jugendräten immer mehr Jugendliche aus finanziell besser gestellten Schichten vertreten seien. Damit sei die Chancengleichheit gefährdet. Daher habe man sich gefragt, ob es nicht möglich sei, ein kleines Sitzungsgeld für den Gesamtstädtischen Jugendrat einzurichten. Er stellt daher einen entsprechenden Antrag an den Jugendhilfeausschuss, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Herr Reinke lobt das Engagement des derzeitigen Hagener Jugendrates. Er mache Mut, diesen Weg weiterzugehen. Die Beurteilung des Antrages müsse er an die Verwaltung weitergeben, da der Jugendhilfeausschuss selbst keine derartigen Möglichkeiten habe.

Frau Kaufmann verspricht, den Antrag zu prüfen, aber nach ihrem derzeitigen Kenntnisstand sei das nicht vorgesehen.

Herr Palmowski merkt an, dass man Satzungen auch ändern könne. Er begründet nochmal sein Anliegen.

Herr Goldbach betont, dass er das Thema gern mit dem Jugendrat erörtern wolle. Von einem „Schnellschuss“ würde er abraten. Er würde auch gerne darüber diskutieren, ob das der richtige Weg und damit zielführend sei. Man habe viele andere



Gremien, die auch ehrenamtlich tätig seien. Es gehe darum, eigene Interessen zu vertreten und sich zu engagieren. Man könne gemeinsam überlegen, was man tun könne, den betroffenen Jugendlichen die Teilnahme dennoch zu ermöglichen.

Herr Palmowski lädt Herrn Goldbach zur nächsten Sitzung des Gesamtstädtischen Jugendrates ein.

Herr Reinke berichtet, dass er auch angeboten habe, ein gemeinsames Gespräch zu führen. Das würde er an der Stelle gern bekräftigen.

**4. . Stellenplan 2016/2017 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das Job-Center Hagen  
Vorlage: 0699/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Fischer erläutert die Vorlage.

Auf Bitte von Herrn Reinke erläutert sie den Begriff Ku-Vermerk (künftig umzuwandeln).

Auf die Frage von Herrn Reinke, ob diese Vorlage beschlossen werden müsse, erläutert Herr Goldbach, dass dieser Ausschuss das Privileg habe, den Stellenplan für das Jugendamt zu beraten und dazu Stellung zu nehmen. Eine Beschlussfassung sei nicht vorgesehen. Wenn der Jugendhilfeausschuss damit einverstanden sei, sei es üblich, diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Reinke stellt fest, dass der Ausschuss mit dem Stellenplan einverstanden ist und dieser damit zur Kenntnis genommen sei.

**Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.  
Die Vorlage wird zum 10.09.2015 realisiert.

**Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen



## 5. . **Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Herr Hannusch berichtet über die stattgefundenen Eröffnungsveranstaltungen der neuen Kindertageseinrichtungen.

Die Einrichtung in der Twittingstraße sei neu bezogen worden. Er lade die Ausschussmitglieder herzlich zur Eröffnungsfeier am 24. September um 11 Uhr ein.

Er stellt die Planung der neuen Einrichtungen für das Jahr 2016 vor.

Man sei auch gehalten, temporäre Lösungen in Betracht zu ziehen, weil man nicht wissen könne, wie lange der derzeitige Zuzug noch anhalte und wie lange diese Menschen in Hagen verweilten. Man prüfe derzeit, inwieweit es möglich sei, zur Sicherung des Rechtsanspruchs Kita-Container einzusetzen.

Er betont, dass in diesem Bereich immer mehr Förderprojekte von Land, Bund und der EU aufgelegt würden. Darauf müsse man zusammen mit den freien Trägern schnell reagieren. Dadurch seien viele personelle Kapazitäten gebunden.

Er beschreibt die Inhalte und Zielgruppen der verschiedenen Förderprogramme, an denen man sich beteilige oder prüfe, ob eine Beteiligung stattfinden solle. Man stoße dahingehend aber langsam an seine Grenzen.

Herr Goldbach ergänzt, dass man versuche, bei der Erstellung der Projekte K3 (Konjunkturpaket des Bundes) das eine oder andere Kita-Projekt unterzubekommen, was eine 90%ige Refinanzierung ermöglichen würde.

## 6. . **Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen** **Bericht der Verwaltung**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaufmann berichtet, dass man am gestrigen Tage eine große Veranstaltung in Hagen-Delstern gehabt habe. Sie stelle dabei immer wieder fest, dass öffentlich die verschiedenen Aufgabenfelder vermischt würden. Es sei eindeutig, dass die Kinder der Familien, die in den Notunterkünften des Landes untergebracht seien, keine Schulpflicht hätten. Dort würde allerdings auf ehrenamtlicher Basis auch Sprachunterricht angeboten. Die erhobenen Zahlen unterschieden nicht zwischen EU-Zuwanderern und anderen Gruppen. Man versuche, alle Kinder zu integrieren.

Frau Haack stellt die aktuellen Zahlen zur Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und EU-Zuwanderern unter 6 Jahren vor (**siehe Anlage zu TOP 6**).



Sie beantwortet eine Frage von Herrn Reinke im Hinblick auf die nicht versorgten Kinder. In Bezug auf die starke Fluktuation der Menschen habe man sich entschieden, mit einer Containerlösung zu arbeiten. Der Bedarf könne individuell angepasst werden.

Weiterhin erläutert sie nach Nachfrage von Frau Engelhardt die Gründe für das Vorhandensein von blockierten Kindergartenplätzen, dadurch verursacht, dass Eltern sich nicht für einen Standort entscheiden könnten.

Frau Hamann ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass wie schon von Frau Haack beschrieben, viele EU-Zuwanderer nicht motiviert seien, ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen zu schicken. Wichtig sei es, daran zu arbeiten und diese Eltern zu überzeugen. Das von Herrn Goldbach erwähnte EHAP-Projekt habe genau diese Zielgruppe von Bulgaren und Rumänen. Ein wesentliches Ziel sei es, dort intensiver einzusteigen, um ein Verständnis zu entwickeln, wo die Hemmnisse seien und wo man ansetzen könne.

Herr Reinke fragt nach der Situation der Kinder von Flüchtlingen und EU-Zuwanderern im Schulbereich.

Frau Kaufmann gibt einen Überblick über die aktuellen Zahlen aus dem Schulbereich (**siehe Anlage 2 zu TOP 6**).

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass man als Kommune als allererste Aufgabe in Form von Beschulung und guter sprachlicher Förderung in den Mittelpunkt zu stellen habe. Diese Aufgabe mache bereits Riesenprobleme. Er sei nicht der Meinung, dass jedes EU-Zuwanderer-Kind in das OGS-System integriert werden müsse.

Auch im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gebe es teilweise Probleme durch starken Zulauf bestimmter Gruppen. Er habe dazu die klare Meinung, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit für alle da sei und so müsse es auch bleiben. Für diese bestimmte Zielgruppe der jugendlichen Zuwanderer könnten spezielle Projekte zusätzlich angeboten werden. Die Träger von Offener Jugendarbeit müssten ihren Kern bewahren. Der bestehende Kinder- und Jugendförderplan verfolge Zielsetzungen unterschiedlichster Art und diesen dürfe man nicht aus dem Blick verlieren.

Herr Fischer beschreibt die Situation in Wehringhausen. Man sei sich der Kernaufgaben bewusst, habe aber schlichtweg das Problem, dass Jugendliche nicht nach den Vorgaben sortiert werden könnten. Da komme eine große Menge von ca. 80 rumänischen Jugendlichen und die bisherigen Besucher blieben in der Folge fern. Das Problem sei außerdem das gute Miteinander im Stadtteil, das durch derart große Mengen von Jugendlichen gefährdet sei. Man sei gerade dabei, ein Nachbarschaftsforum durchzuführen. Man stehe vor mehreren Herausforderungen gleichzeitig.

In Bezug auf den Offenen Ganztag ist er der Meinung, dass dieser auch für diejenigen sei, die die Förderung zu Hause nicht bekämen. Es sei eindeutig Landes- und Bundesaufgabe, diese Zuwanderung zu unterstützen, um für diese Kinder Perspektiven zu schaffen.



Frau Hamann stellt fest, dass man in Hagen im Bereich der 1-6-Jährigen eine ganze Menge tue. Für die Über-6-Jährigen fehlten außerschulische Angebote. Man habe in der Tat ein Ressourcen- und Versorgungsproblem. Diese Kinder bräuchten mehr als reinen Unterricht in Schulen.

Frau Haack macht aus Sicht von Jugendhilfeplanung deutlich, dass das Problem durchaus erkannt sei. In der nächsten Woche treffe sich die Moderatorengruppe und man werde das Thema beraten.

Herr Fischer findet das sehr hilfreich und regt an, dass die Trägervertreter an dieser Runde teilnehmen könnten.

Herr Reinke bittet die Verwaltung, die Thematik für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufzubereiten.

Herr Goldbach betont, dass man einen Werkstattbericht, aber kein abschließendes Konzept werde liefern können. Hilfreich werde es sicher auch sein, Institutionen mit ins Boot zu nehmen.

**7. . Kita Elberfelder Straße  
Vorlage: 0712/2015**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Mitte, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Umsetzung der dargestellten Maßnahme für eine Kindertageseinrichtung in der Elberfelder Straße 34a wird zugestimmt.



**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0

**8. . Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
 Einrichtung von Wohngruppen an den Standorten Boele und Holthausen  
 Vorlage: 0700/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goebels gibt Hintergrundinformationen zu der Berichtsvorlage.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen handele sich bei größtenteils um junge Männer. In Deutschland würden mindestens 8000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erwartet. Diese müssten im Rahmen der Jugendhilfe versorgt werden. Es werde Anfang nächsten Jahres eine bundesweite Verteilung dieser jungen Menschen auf die Kommunen geben. Die Verteilung erfolge nach dem Königsteiner Schlüssel. Man könne noch nicht genau vorhersagen, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Hagen kämen. Voraussichtlich seien es ein bis zwei pro 5000 Einwohner.

Es gebe aber bereits unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Hagen. Man versuche in Hagen, mit allen Vertretern stationärer Jugendeinrichtungen zusammen zu arbeiten und gemeinsam in einer Arbeitsgruppe Lösungen zu finden.

Frau Kaufmann berichtet von einer Anfrage aus Dortmund, ob die Stadt Hagen eine Gruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aufnehmen könne, bevor die gesetzliche Veränderung eintrete. Die Anfrage aus Dortmund sei mittlerweile durch ein offizielles Schreiben von Ministerin Schäfer unterstrichen worden. Die Städte Dortmund, Köln und Bielefeld seien am Ende ihrer Kapazitäten angelangt. In dem Schreiben werde Hagen aufgefordert, in den nächsten Wochen die aktuellen Spitzen



bei den Einreisezahlen der besonders betroffenen Jugendämter durch Brückenlösungen abzufedern.

Herr Goldbach berichtet, dass die Stadt Dortmund zu Beginn des Jahres 200 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehabt habe und jetzt bei 850 mit steigender Tendenz liege.

Man prüfe in Hagen derzeit, geplante Maßnahmen bereits früher umzusetzen. In dem Erlass sei verbindlich zugesichert, dass das in dem Fall auf die kommunale Quote ab 2016 angerechnet werde.

Auf die Frage von Herrn Reinke, ob Hagen die Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bereitstellen könne, erklärt Herr Goebels, dass die Fluktuation bei diesen Jugendlichen recht groß sei. Ziel sei auch, nach einer gewissen Zeit ältere Jugendliche zu zweit oder dritt in einer Wohngemeinschaft unterzubringen. Die Aufnahme in Pflegefamilien sei auch eine Möglichkeit der Unterbringung.

Herr Sondermeyer ist der Meinung, dass eine pädagogische Wohngruppenbegleitung dieser traumatisierten jungen Menschen nicht ausreicht. Diese benötigten psychologische Betreuung. Fachkräfte würden benötigt, die diese Menschen begleiten könnten.

Frau Köppen ergänzt die Ausführungen von Herrn Goebels als einer der Mitträger von stationärer Erziehungshilfe in Hagen dahingehend, dass sie das Vorgehen des Fachbereiches positiv bewerte. Die Kooperation zwischen öffentlichem und freiem Träger funktioniere hier auch gut. Nach der Diagnose müssten Angebote für Anschlussmaßnahmen vorgehalten werden. Man biete ein breites Spektrum an passgenauen Hilfen für die Kinder und Jugendlichen nach einer erfolgten Diagnose an. Auch, wenn es noch an vielem fehle, beschreite man hier einen vernünftigen Weg.

Frau Hamann macht deutlich, dass nicht für alle Jugendlichen eine stationäre Wohngruppe das richtige Angebot sei. Das werde im Clearing festgestellt. Es gebe in diesem Bereich vielfache Möglichkeiten. Da die Jugendlichen oft knapp unter 18 Jahren seien, gehe es recht schnell um die Verselbständigung in einer eigenen Wohnung mit einer ambulanten Betreuung. In Bezug auf die Therapiebedarfe verfüge man über eine Menge an gut ausgebildeten Fachkräften im Hinblick auf Traumabehandlung und -beratung. Weiterhin habe die Kinderschutzambulanz bei der Aktion Mensch eine zusätzliche Stelle nur für die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge beantragt. Man akquiriere auch jede Menge ehrenamtlicher Helfer, die bei der Sprachverständigung helfen würden.

Sie berichtet von Erfahrungen mit den Mitarbeitern der Stadt Dortmund im Zusammenhang mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Herr Lohmann betont, dass niemand eine Prognose über die weitere Entwicklung machen könne. Fest stehe, dass das System in der Bundesrepublik kollabiert sei. Aus Dortmund könne er berichten, dass mittlerweile auch verstärkt minderjährige unbegleitete Flüchtlinge aus den Balkanländern kämen. Bei anderen Jugendlichen, die ohne Ausweise kämen, müssten Altersfeststellungen vorgenommen werden. Dabei werde festgestellt, dass 20 bis 25 Prozent tatsächlich nicht volljährig seien. Es



gebe einen Riesenansturm. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass kein Sozialsystem in der Lage sei, derartige zukünftige Belastungen aufzufangen.

Herr Reinke stellt fest, dass es sich um eine Berichtsvorlage handelt, die man zur Kenntnis nehme.

**9. . Präventiver Kinderschutz in Hagen - Entwicklung und Sicherung  
 Vorlage: 0704/2015**

Herr Reinke beschreibt die Entwicklung des Konzeptes und verweist auf die ausführliche Beratung im März diesen Jahres in diesem Ausschuss.

Für die weitere Umsetzung sei ein Ratsbeschluss notwendig und aus diesem Grund liege diese Vorlage dem Jugendhilfeausschuss vor.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt die weitere Umsetzung des Maßnahmen- und Angebotskonzeptes im Kinderschutz bis 31.12.2018.

Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, die Mittel aus dem Bundesfond „Frühe Hilfen“ zu beantragen und die in der Vorlage dargestellten kommunalen Mittel zur Finanzierung des Hagener Maßnahmen- und Angebotskonzeptes für den Kinderschutz bis 31.12.2018 zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15  
 Dagegen: 0



Enthaltungen: 0

10. . **Vorschlag zur Tagesordnung der CDU- Fraktion gem. § 6 Abs. 1 GeschO des Rates**  
**Neuausrichtung der Suchtberatung**  
**Anlage**  
**Vorlage: 0540/2015 – 2. Lesung**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke weist darauf hin, dass dieser Antrag der CDU-Fraktion heute in zweiter Lesung beraten werde. Er dankt für die Anlage, die zur heutigen Sitzung mit übersandt worden sei.

Aus seiner Sicht sei der CDU-Antrag damit abgearbeitet, wenn auch aus seiner Sicht an manchen Stellen nicht zufriedenstellend. Er halte die Empfehlungen aus der Anlage für ein bescheidenes Ergebnis. Die Politik müsse entscheiden, wie sie damit umgehen wolle. Er sei der Meinung, dass man hier im Ausschuss nicht in der Lage sei, weitere Beschlüsse zu fassen. Man nehme die Ergebnisse zur Kenntnis. Herr Goldbach habe in der Mai-Sitzung darauf hingewiesen, dass man sich auch im Unterausschuss Jugendhilfe damit befassen könne. Das greife er gerne auf. Einen Termin werde man am Ende der Sitzung gemeinsam vereinbaren.

**Anmerkung der Schriftführerin:**

Als Termin für die Sitzung des Unterausschusses wird zum Ende der Sitzung der Dienstag, der 20. Oktober 2015 um 16.00 Uhr vereinbart.

11. . **Geschäftsbericht 2014 für den Fachbereich Jugend und Soziales**  
**Vorlage: 0722/2015**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaufmann freut sich, die 15. Ausgabe des Geschäftsberichtes vorstellen zu können, der umfassend Auskunft über die Leistungen der Stadt Hagen im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe gebe.

Sie gibt kurz einen Einblick in den Stellenplan, um zu verdeutlichen, wie groß dieses Amt sei. Sie freue sich über eine hervorragende Zusammenarbeit mit ihren Mitarbeitern und sei sehr stolz auf dieses große Amt.

Sie geht kurz auf einige Inhalte des Geschäftsberichtes ein und schlägt vor, den Bericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten.

Herr Reinke dankt dem Fachbereich im Namen des Ausschusses für diesen Bericht. Es sei guter Brauch, den Geschäftsbericht erst einmal einzubringen und dann in der nächsten Sitzung erneut zu beraten.



Angesichts der fortgeschrittenen Zeit schlägt Herr Goldbach vor, auf die sonst übliche schwerpunktmäßige Vorstellung des Geschäftsberichtes zu verzichten.

Herr Reinke stellt fest, dass die Ausschussmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind.

#### **Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2014 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

12. . **Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/ Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**  
**hier: Jahresberichte 2014**  
**Vorlage: 0721/2015**

#### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Reinke schlägt vor, hier ebenso zu verfahren und den Bericht der Verbände als erste Lesung zu betrachten.

Herr Fischer fragt, ob die Träger, die nicht in dem Bericht vorkämen, noch nachträglich eingearbeitet würden. Der Bericht schiene nicht komplett zu sein.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das daran liege, dass dieser Träger trotz mehrfacher Aufforderung bis zum Redaktionsschluss keinen Bericht vorgelegt habe. Es sei Sache des Ausschusses, das in der zweiten Lesung zu besprechen.

Er möchte die Gelegenheit nutzen, sich bei den freien Trägern der Jugendhilfe zu bedanken. Die Arbeit wäre nicht so gut und so vielfältig, wenn man nicht dieses Pluralität und dieses Netzwerk hätte. Er danke auch im Namen seiner Mitarbeiter für die gute Arbeit der Kooperationspartner.

Bisher habe man immer das Verfahren gehabt, dass ein Träger aus diesem Bericht einen näheren Einblick in seine Arbeit in einer der nächsten Sitzungen gebe. Er fragt, ob man weiterhin so verfahren wolle und welcher Träger es sein solle.

Herr Reinke ist der Meinung, dass man an dem Brauch festhalten solle, da das für den Ausschuss immer sehr hilfreich gewesen sei.



Herr Söhnchen schlägt vor, den Stadtsporthund zu bitten, seine Arbeit vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Frau Kaufmann berichtet, dass sie darauf angesprochen worden sei, demnächst in einer der Einrichtungen eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu machen. Sie gebe das als Vorschlag gerne weiter.

Herr Groening weist darauf hin, dass die technischen Rahmenbedingungen hier in den Sitzungsräumen optimal seien. Das könne sich an anderer Stelle problematisch gestalten. Man sei auf die Technik angewiesen.

Frau Kaufmann erwidert, dass es auch die Möglichkeit gebe, ein ergebnisorientiertes Protokoll zu machen und die Tagesordnung möglichst kurz zu halten.

Herr Reinke betont, dass man das ja nicht für die nächste Sitzung ins Auge fassen müsse, sondern für eine der folgenden Sitzungen.

Frau Engelhardt schlägt vor, anstelle der ganzen Sitzungsverlagerung eine Ortsbesichtigung vor der Sitzung zu machen.

Herr Goldbach rät davon ab, da er schlechte Erfahrungen mit diesem Vorgehen gemacht habe.

Herr Reinke stellt fest, dass die Ausschussmitglieder mit dem Einbringen des Berichtes als erste Lesung einverstanden sind.  
Eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses in einer Einrichtung solle geprüft werden.

#### **Beschluss:**

Der Bericht wird **in erster Lesung** zur Kenntnis genommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen

#### **13. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates**

Es gibt keine Anfragen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:15 Uhr

gez. Detlef Reinke  
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin